LabourNet Germany

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Willkommen in Europa

Marko Bojcun über Arbeiterproteste gegen Austeritätspolitik in der Ukraine

In: ***express***, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 01/2015

Die Regierung und die Arbeitgeber sind mit einer zunehmenden Unruhe bei den Arbeitern konfrontiert. Die häufigste Ursache für Arbeitskonflikte im Jahr 2014 war die verbreitete Praxis von Arbeitgebern, Lohnzahlungen monatelang zurückzuhalten. Während die Lohnrückstände weiter zunehmen, geht der Protest dagegen und zu anderen Themen jetzt auf die Straße und beginnt, sich auf ein größeres Problem zu konzentrieren: das Austeritätsprogramm der Koalitionsregierung.

Die ArbeiterInnenproteste nahmen Mitte Dezember merklich zu, als das Parlament den Haushaltsentwurf für 2015 veröffentlichte. Er beinhaltet weitreichende Einschnitte bei Gesundheit, Bildung und Sozialversicherung und stellt eine Bedrohung für ArbeiterInnenrechte da (siehe die Einzelheiten unten). Der 2015er-Haushalt wurde von den zwei Gewerkschaftsdachverbänden – dem Gewerkschaftsbund und dem Zusammenschluss der unabhängigen Gewerkschaften – und fünf regionalen Gewerkschaftsräten verurteilt, darüber hinaus vom Gewerkschaftsrat der Stadt Kiew und von zahlreichen lokalen Gewerkschaftsgliederungen der Bergarbeiter, LehrerInnen, Industrie- und DienstleistungsarbeiterInnen.

Vier Demonstrationen wurden in den letzten zwei Wochen des Jahres auf die Beine gestellt. Rund 1000 LehrerInnen und andere Angestellte des öffentlichen Dienstes nahmen am 18. Dezember in Ivano-Frankivsk teil. Über 10000 ArbeiterInnen versammelten sich am 23. Dezember in Kiew vor den Türen des Kabinetts zu einer Demonstration des Gewerkschaftsbundes. In Novovolynsk traten Hunderte von Bergarbeitern für einen Tag in Streik, demonstrierten in der Stadt und blockierten die Autobahn. Und am 25. Dezember protestierten ArbeiterInnen der staatlichen Schwarzpulverfabrik Zirka in Kiew vor dem Regierungsgebäude. Sie forderten verbesserte Sicherheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz und einen Stopp der Bestrebungen der staatlichen Manager, das Werk bankrottgehen zu lassen und seine Ausstattung als Schrott zu verschleudern.

Unterdessen haben die StraßenbahnfahrerInnen in Kiew im Dezember zweimal gestreikt, um ihre Lohnauszahlung sicherzustellen, die seit Oktober im Verzug war. Sie erhielten nur einen Teil des ausstehenden Geldes. Es gibt nach wie vor sehr viele solcher ungelöster Konflikte über zurückgehaltene Löhne im ganzen Land – vor allem in den profitabelsten Privatunternehmen und in Beschäftigungsverhältnissen des öffentlichen Sektors. Sie dokumentieren das Ausmaß, in dem die vertraglichen und gesetzlichen Rechte von ArbeiterInnen regelmäßig ignoriert werden.

LabourNet de Germany

Die wirtschaftliche und soziale Krise

Die Zunahme der Proteste ist vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise und ausgebluteter öffentlicher Haushalte zu sehen. Die Einkommen der schmalen Mittelklasse, der ArbeiterInnen, RentnerInnen und StudentInnen wurden 2014 durch Infla-tion (mit 23,9 Prozent die höchste seit 2000), durch Lohnkürzung, Lohnzurückhaltung und eine Währungsabwertung um 50 Prozent dezimiert. Die tatsächliche Arbeitslosenquote ist wesentlich höher, als die offiziellen Zahlen behaupten (neun Prozent), und wäre sogar noch höher, gäbe es nicht den laufenden Krieg, der seinen eigenen Anteil an arbeitsfähiger Bevölkerung verlangt. Hinzu kommen über 850000 Binnenflüchtlinge im Land, von denen viele mittellos sind und zum Überleben auf Verwandte und Nachbarn angewiesen sind.

Der neue Staatshaushalt

Der Haushaltsentwurf für 2015 wurde auf den letzten Drücker Ende des letzten Jahres vom Parlament angenommen, dann hinter den Kulissen mehrfach geändert und am 12. Januar endgültig veröffentlicht. Der Entwurf beinhaltet keinerlei Strategie, Menschen vor weiterer Verelendung zu schützen, sondern soll lediglich das Kriterium eines ausgeglichenen Haushalts erfüllen, während gleichzeitig ein teurer Krieg geführt wird und ein Berg an Auslandsschulden zurückgezahlt werden muss. Wir können den tatsächlichen Wert der Ausgabenziele für 2015 nur ermessen, wenn wir die 2014 erreichte Inflationsrate von 23,9 Prozent von den geplanten Ausgaben für 2015 abziehen. So können wir die tatsächliche Kaufkraft einzelner Haushaltsposten Anfang 2015 im Vergleich zu Anfang 2014 berechnen, als damit begonnen wurde, dieses Jahresbudget auszugeben. Wenn man so vorgeht, zeigt sich, dass die Regierung tiefe Einschnitte bei den Ausgaben für Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialversicherung plant. Auch die Rücklagen der Rentenversicherung werden real verringert. Gleichzeitig werden die Ausgaben für Verteidigung, innere Sicherheit und die Bedienung der Staatsschulden stark ansteigen. (S. Tabelle)

Der Kiewer Arbeitsrechtler Vitaliy Dudin hat eine Reihe an Maßnahmen im Haushalt ausgemacht, die die verwundbarsten Teile der Gesellschaft hart treffen werden. Der monatliche Mindestlohn wird auf dem Niveau von 2014 bei 1218 Hrywnja (UAH; ca. 65 Euro) eingefroren, bis er am 1. Dezember 2015 um ganze 160 UAH (knapp 8,60 Euro) erhöht werden wird. Ukrainische ArbeiterInnen haben bereits jetzt den niedrigsten Lohn in ganz Europa. Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden nicht mehr an den Verbraucherpreisindex gekoppelt sein. MinisterInnen sind nun berechtigt, die Höhe der Bezahlung zu ändern und ArbeiterInnen nach eigenem Ermessen zu entlassen, je nach »Verfügbarkeit der Mittel«. Das gleiche Kriterium der Mittelverfügbarkeit wird bei den Behindertenrenten von Tschernobylveteranen und studentischen Stipendien angewendet.

Darüber hinaus plant die Regierung Einschränkungen bzw. Änderungen sozialer Rechte, festgehalten in insgesamt 46 neuen gesetzlichen Regelungen. Dieser radikale Schritt, der von Gewerkschaften als Verfassungsbruch eingestuft wird, betrifft u.a. folgende Bereiche:

- Gehälter und Pensionen der LehrerInnen
- Entschädigungen an Soldaten für entgangene Einnahmen
- Refinanzierung von Gewerkschaftsausgaben für Physiotherapien
- Unterstützung bei Gesundheitsversorgung und Unterbringungskosten von LandarbeiterInnen
- Zahlungen an Unternehmer bei Erstanstellungen
- Entschädigungen an Menschen, die bei den Maidan-Protesten Verletzungen davongetragen haben, sowie die Lebensmittelausgaben von Mitgliedern der Nationalgarde.

Die übergreifende Strategie

Die Regierung verfolgt eine umfassendere wirtschafts- und fiskalpolitische Strategie, die über die im Haushalt 2015 vorgesehenen Maßnahmen hinausgeht. Sie hat vor, weitere Staatsunter-

LabourNet Germany

Staatsunternehmen und Dienstleistungen im Schienenverkehr zu privatisieren, ebenso wie die Kohleminen und Häfen (obwohl diese Pläne vom Parlament in den letzten Tagen wieder in Frage gestellt wurden). Außerdem soll ein neues Arbeitsrecht beschlossen werden, das den Kündigungsschutz zugunsten des Hire and fire-Prinzips festschreibt sowie Rechte und Präsenz von Gewerkschaften im Betrieb einschränkt.

Das langfristige Ziel ist der drastische Rückzug aus der staatlichen Verantwortung für Erhalt und Reproduktion der Arbeitskraft – in den öffentlichen Wohlfahrts- und Sozialversicherungseinrichtungen, bei Gesundheit, Bildung und den Resten öffentlicher Infrastruktur.

Ein großer Teil des akuten Drucks, sich dieser Verantwortung zu entledigen, entsteht aus den wachsenden Kosten für die Kriegsführung im Osten. Es gibt aber auch eine langfristige Sicht: Dieser Druck wird als gute Gelegenheit für den Staat gesehen, die direkten Beziehungen von Kapital und Arbeit auszubauen und die Vermittlerrolle des Staates zurückzunehmen.

Einige Arrangements umfassender sozialer Sicherung aus der Sowjetzeit haben in der Ukraine überlebt, vermutlich mehr als irgendwo anders in der Region – ausgenommen in Weißrussland. Sie stehen dem Ansinnen im Weg, Marktmechanismen in allen Bereichen, auch in der Bildung, dem Gesundheitswesen und in der Alterssicherung einzuführen. Außerdem braucht der ukrainische Kapitalismus für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit Arbeitskräfte, die Arbeitgeber und Staat gleichermaßen wenig kosten und dank minimaler Rechte sehr flexibel sind.

Was nun?

Werden die ArbeiterInnen an dem Widerstand, den sie im Dezember auf die Beine gestellt haben, wieder anknüpfen? Zweifellos sind einige dazu stärker entschlossen als andere: Die Bergleute und LehrerInnen zum Beispiel. Wir werden bald sehen, ob und wie stark der Widerstand zurückkommt. AktivistInnen der ArbeiterInnenbewegung verweisen auf den 15. Februar als Datum ihrer nächsten Mobilisierung, den Tag, an dem die Regierung den Haushalt einsetzen wird.

Mancher Widerstand ist aber bereits zurück – die Bergleute von Novovolynsk haben am 13. Januar erneut die Autobahn blockiert und eine Delegation nach Kiew entsandt, um ihren Anliegen gegenüber der Regierung Nachdruck zu ver-leihen. Die Vorsitzenden ihres Gewerkschaftsverbands, der Konföderation unabhängiger Gewerkschaften, haben bereits am 19. Dezember verlauten lassen, dass sie einen Streik vorbereiten, wenn die Regierung ernsthafte Verhandlungen über Lohnzurückhaltung und die Zukunft des Kohlebergbaus verweigere.

Übersetzung: Stefan Schoppengerd

Quelle: http://observerukraine.net/

LabourNet.de Germany

Tabelle 1: Geplante Ausgaben im Staatshaushalt 2015

	In Millionen Hrywnja	Nominelle prozentuale Veränderung zu 2014	Prozentuale Veränderung bei Berücksichtigung der Inflation von 23,9 Prozent in 2014
Geplante Gesamtausgaben, davon:	502.000	– 0.2	– 24.1
Gesundheitsversorgung	7.877	21.3	– 2.6
Bildung	16.243	2.6	– 21.3
Kindergeld, Invalidenrenten	42.318	– 0.8	– 24.7
Rentenkasse	80.864	11.3	– 12.6
Verteidigung	39.411	188.0	164.1
Schuldendienst	74.660	61.1	37.1

express im Netz unter: *www.express-afp.info*